



**Eberswalde University
for Sustainable
Development**

Umweltrecht

Georg.Miribung@hnee.de



Umweltrecht	07.04.	8:30 - 13:00	Einführung und allgemeine Aspekte des Umweltrechts
	Mittagspause		
	07.04.	14:00 - 17:00	Instrumente des Umweltrechts I
	08.04.	08:30 - 13:00	Recherchearbeiten zum Thema Umweltprüfungen
	Mittagspause		
	08.04.	14:00 - 17:00	Besprechung der Ergebnisse
	09.04.	9:00 - 12:45	Instrumente des Umweltrechts II/Naturschutzrecht
Forstpolitik und Governance	10.04.	8:30 - 13:00	Europäische und Internationale Forstpolitik

Inhalte

1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung
2. Begriff und rechtliche Einordnung
3. Schutzziele, rechtsethische Bezüge und Prinzipien des Umweltrechts
4. Umweltrecht im Mehrebenensystem
5. Instrumente des Umweltrechts



Landrecht

BNatSchG
BWaldG

Wasserhaushaltsgesetz
Abwasserabgabengesetz
BISchG

Umweltrecht

Kernenergie Atomgesetz
Abfallgesetz Umweltbewusstsei



Deregulierung Wissenschaft
Energiewende Umweltgesetzbuch
Europäisierung Klimawandel
Modernisierung
Umweltprüfung Technik Umweltinformationsgesetz
Verfahren Risikoabschätzungen
Instrumente

Inhalte

1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung
2. Begriff und rechtliche Einordnung
3. Schutzziele, rechtsethische Bezüge und Prinzipien des Umweltrechts
4. Umweltrecht im Mehrebenensystem
5. Instrumente des Umweltrechts





Begriff und rechtliche Einordnung

Begriff Umweltrecht – Rechtsvorschriften, die sich mit dem Regelungsgegenstand Umwelt befassen

- Umwelt als öffentlich zu schützendes Gut
- Ist gegen andere öffentliche und private Interessen abzuwägen

Begriff Umwelt

- Weiter Umweltbegriff: Bereich, der alle äußeren Lebensumstände erfasst
- **Enger Begriff:** elementare Lebensgrundlagen des Menschen (Umweltmedien Boden, Luft, Wasser, Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen, Bodenschätze, klimatische Bedingungen ... , auch die Kulturlandschaft

→ **Zu beachten ist das anzuwendende Gesetz**



Begriff und rechtliche Einordnung

Rechtswissenschaftliche Einordnung

- **Querschnittsmaterie**
- Größte Bedeutung in seiner **öffentlich-rechtlichen Ausprägung**

Behördliche Durchsetzung und gerichtliche Kontrolle

- Überwachung und Durchsetzung ist den staatlichen **Behörden** anvertraut, insbesondere Behörden der Länder
- Rechtliche Streitigkeiten: in der Regel **Verwaltungsgerichtsordnung**
- Kontrolle obliegt auch **behördlich anerkannten Umweltbehörden**

Inhalte

1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung
2. Begriff und rechtliche Einordnung
3. **Schutzziele, rechtsethische Bezüge und Prinzipien des Umweltrechts**
4. Umweltrecht im Mehrebenensystem
5. Instrumente des Umweltrechts





Schutzziele, rechtsethische Bezüge und Prinzipien des Umweltrechts

Umweltschutz umfasst alle Maßnahmen, die dazu dienen,

- bereits eingetretene Umweltschäden zu beseitigen (**reparativ-wiederherstellende Funktion**)
- gegenwärtige Umweltbelastungen zu begrenzen und zu vermindern (**repressiv-zurückdrängende Funktion**) und
- künftigen Umweltbelastungen vorzubeugen (**präventiv-vorsorgende Funktion**)

Schutzziele, **rechtsethische Bezüge** und Prinzipien des Umweltrechts

Es gibt zwei Auffassungen

- **Ökozentrischer** Ansatz → Umwelt als Wert an sich
- **Anthropozentrischer** Ansatz → Lebensgrundlage des Menschen

Beide Ansätze haben sich positivrechtlich niedergeschlagen



Schutzziele, rechtsethische Bezüge und **Prinzipien des Umweltrechts**

Nach herkömmlicher Sicht gibt es drei Prinzipien

- **Vorsorgeprinzip** → Vermeidung von Schäden und Gefahren
- **Verursacherprinzip** → Beseitigung, Verminderung oder zumindest Ausgleich der Umweltbeeinträchtigungen durch den Verursacher
- **Kooperationsprinzip** → Umweltschutz als Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte

Wie weit diese Prinzipien reichen, hängt vom Schutzzweck des jeweiligen Gesetzes ab.

Schutzziele, rechtsethische Bezüge und **Prinzipien des Umweltrechts**

Grundsatz der **Nachhaltigkeit**

- Nationales Recht
 - Im Planungsrecht gesetzlich verankert (ROG und BauGB)
 - vgl. auch Prinzip der Ressourcen- und Zukunftsvorsorge gem. Art. 20a GG
- Mehrdimensionale Schutzrichtung im Völkerrecht

Grundsätze/Prinzipien der Umweltpolitik und des Umweltrechts

Nachhaltige Entwicklung ...

→ Beschluss des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichts (24. März 2021)

- Das Grundgesetz verpflichtet ... zur Sicherung **grundrechtsgeschützter Freiheit** über die Zeit und zur **verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen** ... Grundrechte als **intertemporale Freiheitssicherung** vor einer einseitigen Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasreduzierungslast in die Zukunft. ... Notwendigkeit ..., mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese **nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltensamkeit weiter bewahren** könnten. Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität **rechtzeitig** einzuleiten.

"unser" Staat und andere Staaten?
... Staat A und Staat B ... ?
... und Umweltschäden ... ?





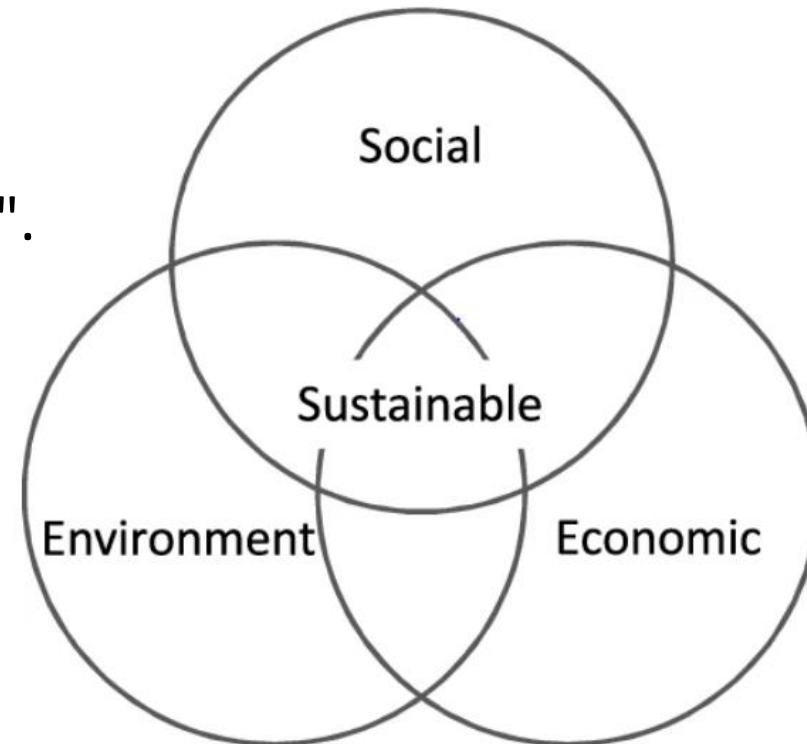
Grundsätze/Prinzipien der Umweltpolitik und des Umweltrechts

- Was ist mit dem Begriff **Grundsätze/Prinzipien** gemeint ... ?
 - Verpflichtend ... ?
 - Regeln/Verpflichtungen und/oder Grundsätze/Prinzipien ... ?
- Souveränität über ihre **natürlichen Ressourcen** und die **Verantwortung**, keine grenzüberschreitenden Umweltschäden zu verursachen
- Grundsatz der **Zusammenarbeit**
- Grundsatz der **nachhaltigen** Entwicklung
- **Vorsorgeprinzip**
- **Verursacherprinzip**
- Grundsatz der **gemeinsamen, aber differenzierten** Verantwortung

Grundsätze/Prinzipien der Umweltpolitik und des Umweltrechts

Nachhaltige Entwicklung ...

- (a) Bedürfnisse der **Gegenwart**
- (b) Möglichkeiten **künftiger Generationen**
ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen".



Was ist ein souveräner Staat?

Die Staaten haben in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts das souveräne Recht, ihre **eigenen Ressourcen gemäß ihrer eigenen Umweltpolitik zu nutzen**, und die **Verantwortung, dafür zu sorgen**, dass durch Tätigkeiten, die ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterliegen, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der Grenzen ihrer nationalen Hoheitsgewalt **kein Schaden** zugefügt wird

→ vgl. Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die menschliche Umwelt (Stockholmer Erklärung 1972); ähnlich: Rio 1992

Was ist ein souveräner Staat?

Staaten und **Verantwortung** (Recht der Staatenverantwortung, Staatenverantwortlichkeit)

- Umfasst eine Vielzahl von Themen ...
 - ... Umstände, unter denen ein Staat seine internationalen **Verpflichtungen verletzt** hat ...
 - ... **Folgen** der Verletzung einer internationalen Verpflichtung ...
 - ... im Falle einer Verletzung einer internationalen Verpflichtung → wie ist die daraus resultierende **Verantwortung umzusetzen**

Souveränität und gemeinsame Verantwortung

Beispiele:

- Übereinkommen über die biologische Vielfalt (1992) → Präambel: ... in der Überzeugung, dass die Erhaltung der biologischen Vielfalt ein gemeinsames Anliegen der Menschheit ist ...
- Pariser Klimaabkommen (Dezember 2015) → Einleitender Text: ... der Klimawandel ein gemeinsames Anliegen der Menschheit ist, sollten die Vertragsparteien, ... ihre jeweiligen Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte indigener Völker, lokaler Gemeinschaften, von Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und Menschen in prekären Situationen sowie das Recht auf Entwicklung sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Generationengerechtigkeit achten, fördern und berücksichtigen ...

Souveränität und gemeinsame Verantwortung

Verantwortung in der Rio-Erklärung - Prinzip Nr. 7:

- Die Staaten **arbeiten im Geiste einer globalen Partnerschaft** zusammen, um die Gesundheit und Unversehrtheit des Ökosystems der Erde zu erhalten, zu schützen und wiederherzustellen. In Anbetracht der unterschiedlichen Beiträge zur globalen Umweltzerstörung haben die Staaten eine **gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung**. (...)
- → Prinzip 2 (Rio-Erklärung/Souveränität) verbindet Prinzip 7 die **souveränen Rechte**, indem es die **gleichzeitige Verantwortung eines jeden Staates für die globalen Ökosysteme** definiert.

Inhalte

1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung
2. Begriff und rechtliche Einordnung
3. Schutzziele, rechtsethische Bezüge und Prinzipien des Umweltrechts
4. Umweltrecht im Mehrebenensystem
5. Instrumente des Umweltrechts





Gesetzgebungskompetenzen Bund / Länder

Umweltrecht im Mehrebenen-System

Deutschland

Bund (ausschließlich)	Bund / Länder Abweichung Länder möglich bisherige Rahmengesetzgebung entfällt	Bund / Länder (konkurrierend) Bund hat Vorrang	Länder (ausschließlich)
GG Art. 71, 73	GG Art. 72 (3)	GG Art. 72 (1,2,4), 74	GG Art. 70
<p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • auswärtige Angelegenheiten • Verteidigung • Währungs-, Geld- /Münzwesen, Maße, Gewichte, Zeit • Zollwesen, intern. Waren- und Zahlungsverkehr, Grenzschutz • Staatsangehörigkeit • Luftverkehr • Post und Telekommunikation • Länderübergreifender Terrorismus und Verfassungsschutz • Waffen-/Sprengstoffrecht, Kernenergierecht • Schutz von Kulturgut gegen Abwanderung ins Ausland 	<p>Beispiele:</p> <p>Umweltgesetzgebung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jagdwesen • Naturschutz / Landschaftspflege • Bodenverteilung, • Raumordnung, • Wasserhaushalt • Hochschulzulassung / Hochschulabschluss 	<p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürgerliches Recht, Strafrecht • Hochsee- Küstenschifffahrt • Straßenverkehr • Abfallwirtschaft • Luftreinhaltung, Lärmschutz • Vereinsrecht • Arbeitsrecht • Ausbildungs- /Forschungsförderung • Zulassungen im medizinischen Bereich • Lebensmittel, Futter, Pflanzenschutz, Tierschutz 	<p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildung, • Kultur • Gemeinde-/Kreisrecht • Polizeiwesen • Ordnungsrecht • Denkmalschutz • Rundfunk- und Medienwesen • außerschulische Jugendbildung • Hochschulwesen • Hochschulbau • Versammlungsrecht • sozialer Wohnungsbau • Ladenschluss • Gaststättenrecht • Strafvollzug • Messewesen /Ausstellungen • Flurbereinigung • Presserecht



Umweltrecht im Mehrebenensystem - Deutschland

Das öffentliche Umweltrecht besteht im Wesentlichen aus **medialen und sektoralen Einzelgesetzen des Bundes**.

- Beispiele für medienbezogene Regelwerke ...
- Beispiele für produkt- bzw. stoffbezogene Regelwerke ...
- Beispiele für Regelwerke, die einen schutzbezogenen Ansatz verfolgen ...

Umweltrecht im Mehrebenensystem – Europäische Union

Was ist die Europäische Union?

Wie funktioniert der Rechtssetzungsprozess?

Was ist eine Richtlinie? Was ist eine Verordnung? Unterschiede ...

Merkmale des Europäischen Umweltrechts

- Überformung des mitgliedstaatlichen Umweltrechts durch das Unionsrecht
- EU hat umfassende Gesetzgebungskompetenzen ...



Artikel 37

Umweltschutz

Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.

Artikel 11

(ex-Artikel 6 EGV)

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der Unionspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

Artikel 191

(ex-Artikel 174 EGV)

(1) Die Umweltpolitik der Union trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

— Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;

— Schutz der menschlichen Gesundheit;

— umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;

— Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme und insbesondere zur Bekämpfung des Klimawandels.

(2) Die Umweltpolitik der Union zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der Union auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.

Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige Maßnahmen zu treffen, die einem Kontrollverfahren der Union unterliegen.

Artikel 193

(ex-Artikel 176 EGV)

Die Schutzmaßnahmen, die aufgrund des Artikels 192 getroffen werden, hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen. Die betreffenden Maßnahmen müssen mit den Verträgen vereinbar sein. Sie werden der Kommission notifiziert.





Umweltrecht im Mehrebenensystem – Internationales Umweltrecht

Drei Schutzrichtungen

- die Abwehr **grenzüberschreitender Umweltbelastungen**
- die Erhaltung der natürlichen **Lebensgrundlagen des Menschen und der Biodiversität**
- die **Kosten** des Umweltschutzes durch **Harmonisierung und Kooperation** zu reduzieren;
stärkere Integration in die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung



Umweltrecht im Mehrebenensystem – Internationales Umweltrecht

Rechtsquellen

- Völkerrechtliche **Verträge**
- **Völkergewohnheitsrecht** (consuetudo, opinio iuris)

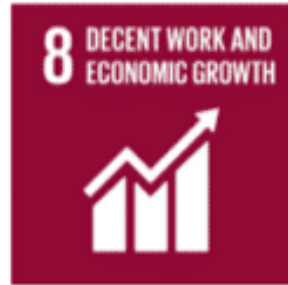
Andere Regelungen können insbesondere faktische Relevanz haben → z.B.
SDGs/Nachhaltigkeitsziele

- Was ist damit gemeint?

Wichtig: Um- und Durchsetzung dieser Regeln ist den Nationalstaaten überlassen. Gibt es ein **Wirksamkeitsdefizit?**



SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS





Gemeinsame internationale Ziele - die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter dem Blickwinkel ihrer formalrechtlichen Bedeutung und ihres informellen politischen Einflusses

Am 1. Januar 2016 traten die **17 Ziele für nachhaltige Entwicklung** (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die von den Staats- und Regierungschefs der Welt im September 2015 auf einem UN-Gipfel als **Resolution (A/Res/70/1)** angenommen wurden, offiziell in Kraft.

Was ist ihr formaler rechtlicher "Status"?

- Resolutionen der Generalversammlung sind lediglich **Empfehlungen** oder gemeinsame Erklärungen.
- Sie sind keine Gesetze und daher für die Mitgliedstaaten **nicht bindend**. → Es gibt keine formale rechtliche Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, sie umzusetzen.

Gemeinsame internationale Ziele – ... für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- Und wie sieht es mit der informellen Bedeutung dieser Beschlüsse aus?
 - In der Regel eine **hohe Symbolkraft** und eine starke ethische Wirkung
 - Die Generalversammlung als "**Weltversammlung**" → internationaler Dialog und Diskussion.
- Resolutionen als Meinung der internationalen Staatengemeinschaft
 - Diese "**Weltmeinung**" kann vor allem in zweierlei Hinsicht symbolisch sein
 - Sie kann einen außerordentlichen Einfluss auf das Verhalten der Staaten haben
 - **Stigmatisierung** oder Isolierung von Staaten

Gemeinsame internationale Ziele – ... für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Und wie sieht es mit der informellen Bedeutung dieser Beschlüsse aus?

- Sie können aufgrund ihres politischen Einflusses eine bedeutende **Wirkung auf die internationalen Politik** haben
- **Überzeugungsinstrument** oder **Bezugspunkt** zur Untermauerung von Forderungen der Mitgliedstaaten
- Sie beeinflussen das zeitgenössische internationale Recht und können eine wichtige **"rechtsschaffende Kraft"** haben.

Gemeinsame internationale Ziele – ... für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Einige Beispiele (aus der Resolution A/Res/70/1) 12.

- 12. Wir **bekräftigen alle Grundsätze** der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, einschließlich ... **gemeinsamen, aber differenzierten** Verantwortung, ...
- 18. Wir verkünden heute 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mit 169 dazugehörigen Zielvorgaben, die **integriert und unteilbar** sind. ...
- 32. Mit Blick auf die einundzwanzigste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien in **Paris** unterstreichen wir die Verpflichtung aller Staaten, sich für ein ehrgeiziges und universelles Klimaabkommen einzusetzen. Wir bekräftigen, dass das Protokoll, ein anderes Rechtsinstrument oder ein vereinbartes Ergebnis mit Rechtskraft ...



Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.



Gemeinsame internationale Ziele – ... für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

15.1 ... bis 2020 die **Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung** von Land- und Binnensüßwasserökosystemen und ihrer Leistungen ... im Einklang mit den Verpflichtungen aus **internationalen Übereinkommen**

15.2 ... bis 2020 die Umsetzung einer **nachhaltigen Bewirtschaftung** aller Arten von Wäldern fördern, die Entwaldung stoppen, geschädigte Wälder wiederherstellen ...

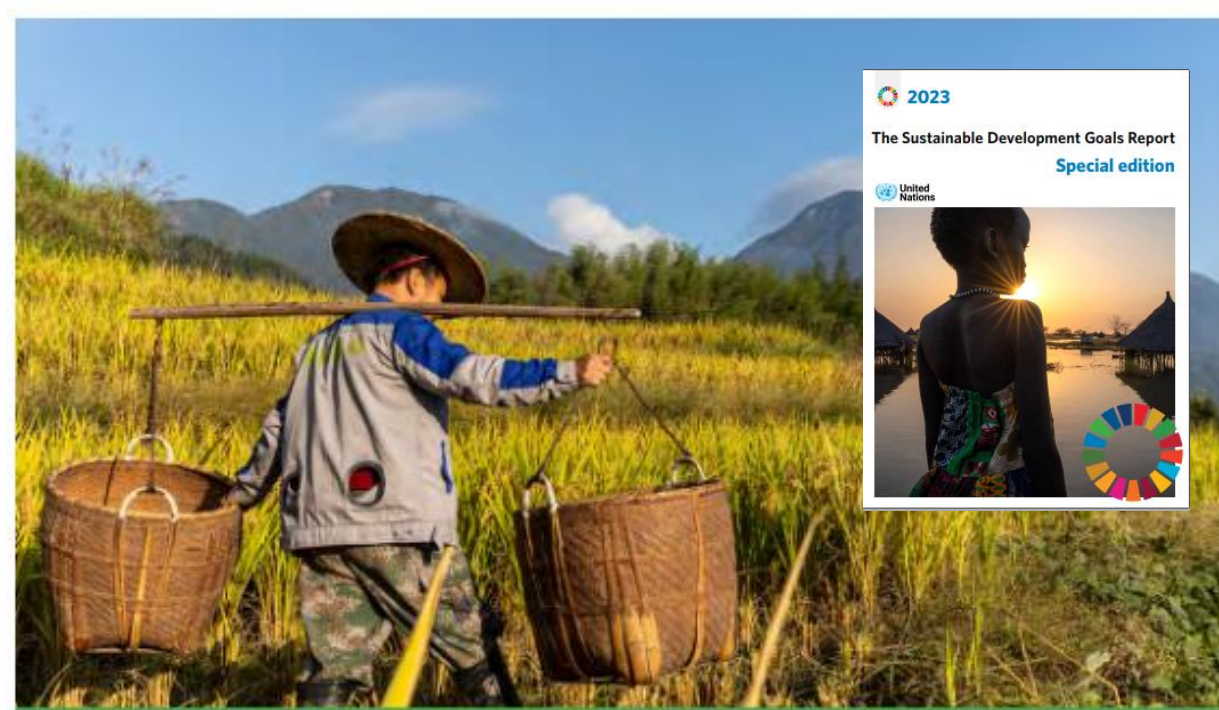
15.6 ... eine faire und gerechte Aufteilung der sich aus der **Nutzung genetischer Ressourcen** ergebenden Vorteile fördern und einen angemessenen Zugang zu diesen Ressourcen, ...

15.9 ... bis 2020 die Werte der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt in die **nationale und lokale Planung**, die Entwicklungsprozesse, die Strategien zur Armutsbekämpfung und die Rechnungslegung einbeziehen ...



Life on land

- Terrestrial ecosystems are vital for sustaining human life, contributing to over half of global GDP and encompassing diverse cultural, spiritual, and economic values.
- However, the world faces a triple crisis of climate change, pollution and biodiversity loss. Escalating trends of forest loss, land degradation and the extinction of species pose a severe threat to both the planet and people.
- Despite some progress in sustainable forest management, protected areas, and the uptake of national biodiversity values and natural capital accounting, most improvements have been modest. The recently adopted Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework provides renewed impetus for Goal 15, outlining four outcome-oriented goals to be achieved by 2050 and 23 targets to be achieved by 2030.



Villagers in China's eastern Yunhe County revive hillside farms with eco-friendly practices, attracting global visitors and earning recognition as a top ecotourism destination for the restoration of its ecosystem.

- To fulfil Goal 15, a fundamental shift in humanity's relationship with nature is essential, along with accelerated action to address the root causes of these interconnected crises and better recognition of the tremendous value of nature



Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Gemeinsame internationale Ziele – ... für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

17.2 ... die Industrieländer sollen ihre Verpflichtungen zur **öffentlichen Entwicklungshilfe** in vollem Umfang erfüllen ...

17.4 ... Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Erreichung einer langfristigen **Schuldentragfähigkeit** durch koordinierte politische Maßnahmen ...

17.10 ... Förderung eines universellen, regelbasierten, offenen, nichtdiskriminierenden und gerechten multilateralen Handelssystems im Rahmen der **Welthandelsorganisation**, unter anderem durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen der Entwicklungsagenda von Doha ...

17.11 ... Erhebliche Steigerung der **Ausfuhren** der Entwicklungsländer, ...

17.12 ... **Marktzugang** für alle am wenigsten entwickelten Länder rechtzeitig



Partnerships for the Goals

- Developing countries are grappling with an unprecedented rise in external debt levels following the COVID-19 pandemic, compounded by challenges such as record inflation, escalating interest rates, competing priorities and constrained fiscal capacity, underscoring the urgent need for debt relief and financial assistance.
- While official development assistance (ODA) flows continue to reach record peaks, the increase in 2022 is primarily attributed to spending on refugees in donor countries and aid to Ukraine.
- Despite a 65 per cent improvement in Internet access since 2015, progress in bridging the digital divide has slowed down post-pandemic. Sustained efforts are required to ensure equitable access to the Internet for all.
- Geopolitical tensions and the resurgence of nationalism hinder international cooperation and coordination, highlighting the importance



An Eduardo Kobra mural at United Nations Headquarters in New York, donated by Brazil's Permanent Mission, portrays sustainable development: balancing present needs without compromising the Earth's ability to meet future generations' needs.

of a collective surge in action to provide developing countries with the necessary financing and technologies to accelerate the implementation of the SDGs.



Governance durch internationale Verträge (Übereinkommen) als bevorzugtes rechtliches Rahmenwerk

- Recht → komplexes und hierarchisches System von Vorschriften, die durch soziale Institutionen, z. B. Regierungen, durchgesetzt werden, um das Verhalten von Staaten, Gemeinschaften und Menschen zu regeln.
- Rechtsetzung → Prozess, bei dem eine **Idee für ein Gesetz in ein Gesetz umgewandelt** wird.
- Rechtsetzung → **Instrument der politischen Steuerung** und gleichzeitig ein kommunikativer sozialer Prozess, der den von der Verfassung festgelegten Regeln folgt.

Governance durch internationale Verträge

- **Rechtsbeziehungen** zwischen Nationen
 - Organisiert durch seit langem etablierte **Gewohnheiten** und **spezifische vertragliche Verpflichtungen**
 - Umweltvertragsrecht: gewöhnlich **als Reaktion auf spezifische (Umwelt-) Bedrohungen** entwickelt ("**Probleme schaffen Recht**") und nicht auf systematische oder strategische Weise

Governance durch internationale Verträge

- Umwelt → komplexes System von Zusammenhängen
- → Wie lassen sich **umfassende und wirksame Rechtsvorschriften** entwickeln und anwenden?
- Faktoren, die die **Schaffung von Umweltrecht und -politik** beeinflussen :
 - **Wissenschaft**
 - **Wirtschaft**
 - **Andere Werte**, z. B. sozioökonomische Erwägungen (Interessen der einheimischen Bevölkerung/Gemeinschaften)

Governance durch internationale Verträge

Terminologie

- Internationale Abkommen → auch **Übereinkommen** (Konvention): Wird im Allgemeinen für **formelle multilaterale Verträge** mit einer großen Anzahl von Parteien verwendet. Übereinkommen stehen normalerweise der gesamten internationalen Gemeinschaft oder einer großen Anzahl von Staaten zur Teilnahme offen. Üblicherweise werden die unter der **Schirmherrschaft einer internationalen Organisation** ausgehandelten Instrumente als Übereinkommen bezeichnet (z. B. Übereinkommen über die biologische Vielfalt von 1992, Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982)
- **Protokoll**: wird für Vereinbarungen verwendet, die **weniger formell** sind als solche mit dem Titel "Übereinkommen".



Governance durch internationale Verträge

Terminologie

- **Resolution**: Beschlüsse einer internationalen Organisation und internationaler Konferenzen werden als Resolutionen bezeichnet. Resolutionen haben ein **standardisiertes** Format. Sie beginnen mit einer Präambel, an die sich eine Reihe von operativen Absätzen anschließt.
 - Die meisten Resolutionen sind **nicht rechtsverbindlich**, sondern haben **Empfehlungscharakter**, wie z. B. die Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Governance durch internationale Verträge

- **Etappen** bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens
 - **Problemerkennung** → Problem, das eine internationale Vereinbarung und Maßnahmen erfordert
 - **Verhandlung und Einigung** → Erörterung der Bedingungen und Ziele und Ausarbeitung des Vertrags; in der Regel liegt der Schwerpunkt auf der Einigung auf ein Problem und nicht auf der Festlegung der Parteien auf bestimmte Verpflichtungen

Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens
 - **Unterzeichnung** → Die Staaten unterzeichnen den Vertrag. Mit der Unterschrift verpflichten sich die Staaten oft nur zu Bemühungen in gutem Glauben, von Handlungen abzusehen, die die Ziele eines Vertrags unterlaufen würden.
 - **Ratifizierung** → Die Staaten verpflichten sich zur Einhaltung des Vertrages (bestimmte Anzahl von Ratifizierungen erforderlich, bevor der Vertrag in Kraft tritt)
 - **Umsetzung/den** Verträgen **Biss verleihen** → Detaillierte Verpflichtungen werden auf nachfolgenden Konferenzen der Vertragsparteien ausgearbeitet.

Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens
 - **Umsetzung/den Verträgen Biss verleihen → Berichtspflichten und Kooperation:**
Transparenz, Messung, erzielte Fortschritte, Verschlechterungen usw.

How are treaties enforced?

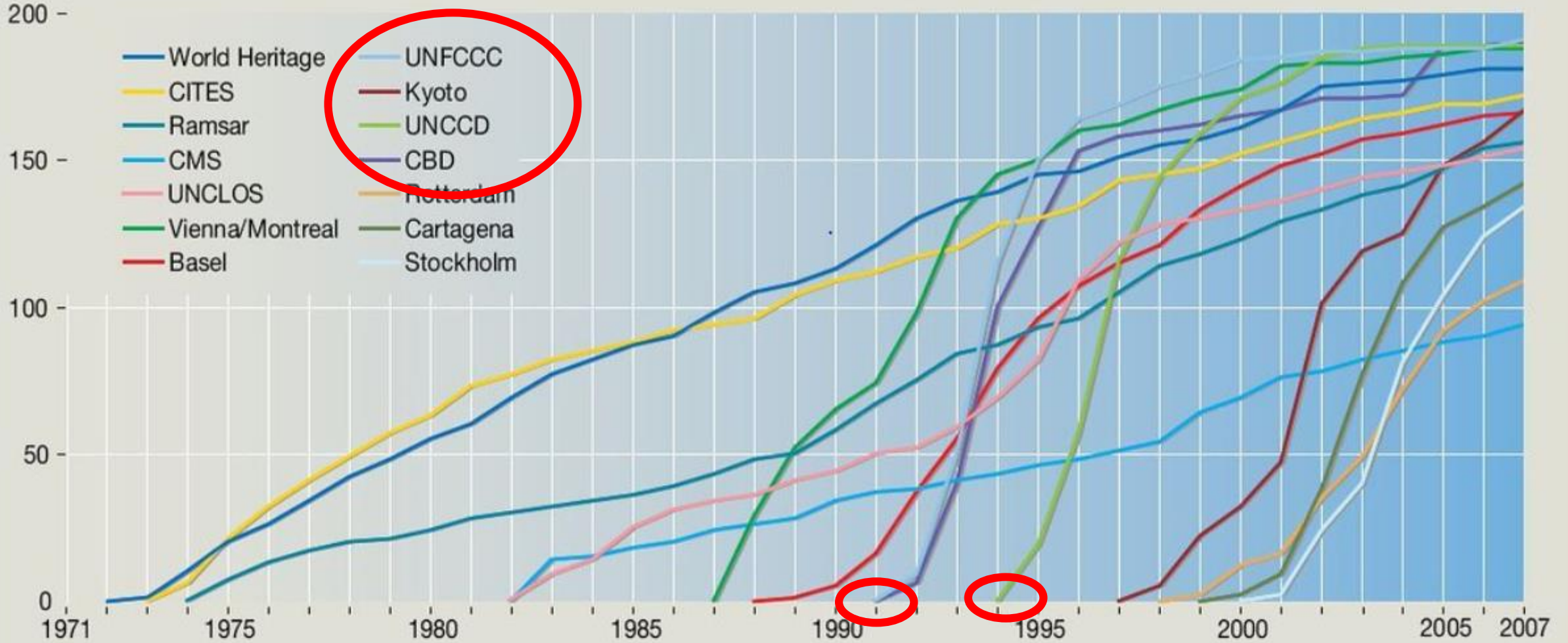
There is no over-arching compulsory judicial system or coercive penal system to address breaches of the provisions set out in treaties or to settle disputes. That is not to say that there are no tribunals in the international legal system.

For example, the Charter of the United Nations established the International Court of Justice, the principal judicial organ of the United Nations, as a means by which Member States may settle their disputes peacefully, in accordance with international law. The Court can also give advisory opinions on legal questions referred to it by duly authorized international organs and agencies. Member States of the United Nations, in cases to which they are parties, are obliged to abide by the Court's decisions. However, before a case can go before the Court, a State must have accepted the jurisdiction of the Court, either in general or in relation to a specific case. A State that has not accepted the Court's jurisdiction cannot be forced to appear before the International Court of Justice.

https://treaties.un.org/doc/source/events/2010/press_kit/fact_sheet_5_english.pdf

Ratification of multilateral environmental agreements

Number of countries



Source: UNEP, Yearbook 2008.



Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens - Beispiele
 - **Problemerkennung**: globaler **Verlust** der biologischen Vielfalt
 - **Verhandlung** und **Einigung**: Die Idee eines internationalen Übereinkommens über die biologische Vielfalt wurde auf einer **Ad-hoc-Arbeitsgruppe von UNEP-Experten für biologische Vielfalt im November 1988** entwickelt. Im darauf folgenden Jahr wurde die Ad-hoc-Arbeitsgruppe der **technischen und juristischen Experten** für die Ausarbeitung eines Rechtstextes eingesetzt. Im Jahr 1991 wurde ein **zwischenstaatliches Verhandlungskomitee** eingesetzt, das mit der **Fertigstellung** des Konventionstextes beauftragt wurde.



Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens - Beispiele
 - **Unterzeichnung**: 12.06.1992 in Rio
 - **Ratifizierung**: Nach der Unterzeichnung eines Übereinkommens ist der nächste Schritt die Ratifizierung. Es handelt sich um die Anerkennung eines internationalen Vertrags, der völkerrechtlich verbindlich ist. Gesetz vom 30.08.1993 Vertragspartei seit 21.03.1994
 - **Umsetzung**: Nationale Strategien und Aktionspläne zur biologischen Vielfalt



Übereinkommen über die biologische Vielfalt

- Wichtigster multilateraler Vertrag zum Schutz der biologischen Vielfalt.
- Unterzeichnet: Rio-Konferenz 1992
- 196 Vertragsparteien
- Die biologische Vielfalt umfasst: Artenvielfalt, genetische Vielfalt innerhalb einzelner Arten, Vielfalt der Ökosysteme
- Umsetzung/Präzisierungen
 - **Cartagena-Protokoll** (2000, in Kraft seit 2003): Grenzüberschreitende Verbringung von gentechnisch veränderten Organismen
 - **Nagoya-Protokoll** (2010, in Kraft seit 2014): Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich
 - **Kunming Montreal Global Biodiversity Framework** (2022): dringende Maßnahmen



Übereinkommen über die biologische Vielfalt

- Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework – Hauptaspekte
 - Integrität, Widerstandsfähigkeit und Vernetzung von **Ökosystemen** sollen geschützt, verbessert oder wiederhergestellt werden
 - Nachhaltige Nutzung und **Bewirtschaftung** der biologischen Vielfalt
 - **Monetäre (und nicht-monetäre) Vorteile**, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben, sowie traditionelles Wissen, das mit genetischen Ressourcen verbunden ist, sollen fair und gerecht aufgeteilt werden
 - **Bereitstellung und Zugänglichkeit angemessener Ressourcen** für die vollständige Umsetzung des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt (einschließlich finanzieller Mittel, Aufbau von Kapazitäten, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie Zugang zu und Weitergabe von Technologie)

Übereinkommen über die biologische Vielfalt

- Umsetzung in Deutschland
 - Nationale **Strategie** zur biologischen Vielfalt (Nationale Biodiversitätsstrategie, **2007**)... und NBD **2030**
 - Fördermittel für:
 - Arten von besonderer Bedeutung für Deutschland (endemische Arten, Biodiversitäts-Hotspots)
 - Biodiversitäts-Hotspots
 - Sicherung von Ökosystemleistungen
 - ...



Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens - Beispiele
 - **Problemerkennung**: Dürrekatastrophe in der Sahelzone (1968–1973)
 - **Verhandlung** und **Einigung**: Generalversammlung der Vereinten Nationen 1974 → Einberufung einer „Desertifikationskonferenz“; Verabschiedung eines sogenannten Aktionsplans zur Desertifikationsbekämpfung (Plan of Action to Combat Desertification PACD). Gescheitert: ungesicherte Finanzierung, unverbindlichen Charakter des PACD. Neuer Anlauf: Desertifikationsbekämpfung auf der Rio-Konferenz → **Desertifikation als Teil der Agenda 21**
 - Beschluss der Generalversammlung Ende 1992 → Einberufung eines internationalen Verhandlungsgremiums mit dem Ziel eine Konvention zur Desertifikationsbekämpfung auszuarbeiten



Governance durch internationale Verträge

- Etappen bei der Entwicklung eines internationalen Abkommens - Beispiele
 - **Unterzeichnung**: Oktober 1994 → Unterzeichnung in Paris
 - **Ratifizierung**: Ratifizierung durch den fünfzigsten Staat trat das Abkommen am 26. Dezember 1996 in Kraft.
 - **Umsetzung**: Kernelement zur Umsetzung der UNCCD sind die Nationalen Aktionsprogramme (NAP)

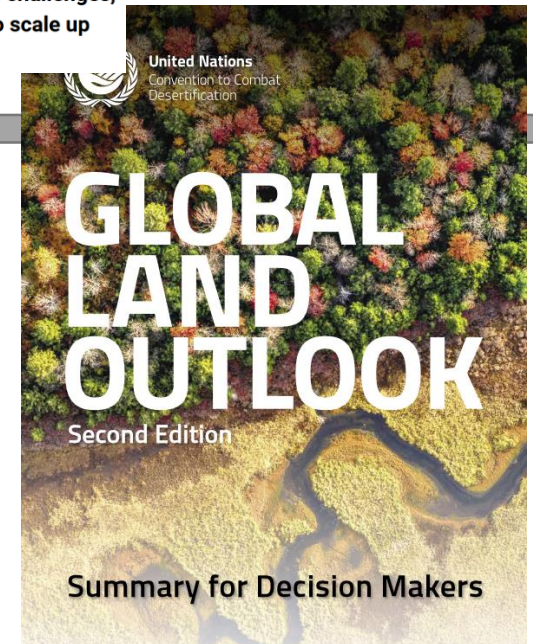


Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung

- Einige Details
 - **Ziel:** Vermeidung und Verhinderung von Desertifikation und Landdegradation → Wüstenbildung zu bekämpfen, Dürrefolgen zu mildern, nachhaltigen Entwicklung in den betroffenen Gebieten
 - **Aufbau:** 40 Artikel und fünf Anlagen → **stellen Umsetzung in einen regionalen Kontext** → um den klimatischen, sozioökonomischen und geografischen Besonderheiten der **jeweiligen Region** besser gerecht zu werden (Afrika - Anlage I, Asien - Anlage II, Lateinamerika und Karibik - Anlage III, Nördlicher Mittelmeerraum - Anlage IV sowie Mittel- und Osteuropa - Anlage V).

Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung

- Einige Details
 - Organisationelle Aspekte
 - Konferenz der Vertragsparteien (COP)
 - Ständiges Sekretariat
 - Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (CST)
 - Globale Umweltfazilität (GEF)
 - Global Mechanism



Moderne Landwirtschaft schadet den Böden

Warum die Böden in so einem schlechten Zustand sind, wird ebenfalls im Bericht thematisiert: Es liegt an der Art und Weise, wie derzeit im großen Stil Landwirtschaft betrieben wird. Wenn Agrarpflanzen großflächig in Monokulturen angebaut werden und wenn Viehzucht im industriellen Maßstab praktiziert wird, laugen die Böden aus und die Entwaldung wird vorangetrieben.

„Die moderne Landwirtschaft hat das Gesicht unseres Planeten stärker verändert als jede andere menschliche Tätigkeit.“, sagt UNCCD-Exekutivsekretär Ibrahim Thiaw. „Wir müssen dringend unsere globalen Lebensmittelsysteme überdenken, die für 80 Prozent der Entwaldung und 70 Prozent des Süßwasserverbrauchs verantwortlich sind und die größte Ursache für den Verlust der biologischen Vielfalt auf dem Land darstellen.“

Neben der Beschreibung des gegenwärtigen Zustands ermöglicht der UNCCD-Bericht zudem einen Blick in die Zukunft: Wenn die Menschheit so weitermacht wie bisher, dann wird der Druck auf die Böden weiter zunehmen. Insbesondere die Nachfrage nach Lebensmitteln und der steigende Bedarf an Futter für Nutztiere spielt eine enorm große Rolle – und damit auch der gesamte Konsum tierischer Produkte.

Da die weitverbreitete industrielle Landwirtschaft den Boden schnell degradieren lässt, werden für die Lebensmittelproduktion immer neue landwirtschaftliche Flächen benötigt. Bodenerosion und abnehmende Fruchtbarkeit führen zu sinkenden Erträgen, wodurch eine Negativspirale in Gang gesetzt wird: Die Agrarflächen werden ausgedehnt, Schutzgebiete verkleinert und der Gesamtzustand der Böden verschlechtert sich. Bis zum Jahr 2050 könnte

<https://dgvn.de/meldung/boeden-unter-druck>

5. Transforming Food Systems

1. Modern agriculture has altered the face of the planet more than any other human activity – from the production of food, animal feed, and other commodities to the markets and supply chains that connect producers to consumers. Making our food systems sustainable and resilient would be a significant contribution to the success of the global land, biodiversity, and climate agendas.
2. Globally, food systems are responsible for 80% of deforestation, 70% of freshwater use, and are the single greatest cause of terrestrial biodiversity loss.¹⁰¹ At the same time, soil health and biodiversity below ground – the source of almost all our food calories – has been largely neglected by the industrial agricultural revolution of the last century.
3. Intensive monocultures and the destruction of forests and other ecosystems for food and commodity production generate the bulk of carbon emissions associated with land use change.¹⁰² Nitrous oxides from fertilizer use and methane emitted by ruminant livestock comprise the largest and most potent share of agricultural greenhouse gas emissions.¹⁰³

¹⁰¹“Food systems are one of the main reasons we are failing to stay within our planet’s ecological boundaries.” ¹⁰²

UN Secretary-General António Guterres

Food systems must continue to provide us with sustenance, but can be redesigned and redeployed to ensure positive outcomes for nature and the climate as well. By eliminating or repurposing harmful subsidies and providing the right incentives, we can shift from resource-depleting models of production to those that link resource efficiency and productivity gains to healthy and resilient food systems, helping decouple economic growth from land and ecosystem degradation.¹⁰⁴ These were the conclusions of the United Nations Food Systems Summit 2021, during which governments committed to accelerate and deepen food systems transformation to better align national policy and action with the 2030 Agenda for Sustainable Development.¹⁰⁵

Agricultural Ministers at the 2022 Global Forum for Food and Agriculture:

- Recognized that desertification, land degradation and drought represent massive threats to global food security, nutrition, and sustainable food systems worldwide.
- Stressed that healthy soils are key to the production of sufficient nutritious and safe food, adaptation to and mitigation of climate change, and the halting and reversal of biodiversity loss.
- Emphasized that secure access to agricultural land through ownership, use rights, and other forms of legitimate tenure is of great importance for local and global food security.¹⁰⁷



Ernährungssicherheit als Menschenrecht oder Funktion der Märkte?

PARIS AGREEMENT

The Parties to this Agreement,

Being Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change, hereinafter referred to as “the Convention”,

Pursuant to the Durban Platform for Enhanced Action, act

Recognizing the fundamental priority of safeguarding food security and ending hunger, and the particular vulnerabilities of food production systems to the adverse impacts of climate change,

(a) Holding the increase in the global average temperature to well below 2°C above pre-industrial levels and pursuing efforts to limit the temperature increase to 1.5°C above pre-industrial levels, recognizing that this would significantly reduce the risks and impacts of climate change;

(b) Increasing the ability to adapt to the adverse impacts of climate change and foster climate resilience and low greenhouse gas emissions development, in a manner that does not threaten food production; and

(c) Making finance flows consistent with a pathway towards low



„Umweltrecht als Antwort/Reaktion auf das Wirtschaftsrecht“

Governance durch internationale Verträge (Konventionen) als bevorzugter Rechtsrahmen

Beispiel: **EU-Klimarecht**

- Die Anforderungen aus dem Pariser Klimaabkommen sind in **verschiedenen Rechtsakten** enthalten
- Diese sind zum Teil **allgemeiner Natur** (z.B. GAP) oder zum Teil **spezifischer Natur** (z.B. die Effort-Sharing-Verordnung; das EU-Emissionshandelssystem).
- **EU-Klimagesetz - die Effort-Sharing-Verordnung**
 - Legt die **Menge der Emissionen fest, die ein Mitgliedstaat** in den folgenden Sektoren ausstoßen darf: Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Nicht-ETS-Industrie und Abfall
 - Macht fast **60 % der gesamten inländischen** EU-Emissionen aus



Governance durch internationale Verträge (Konventionen) als bevorzugter Rechtsrahmen

- Beispiel: **EU-Klimarecht - das EU-Emissionshandelssystem**
 - "Cap and Trade"-System, bei dem das Recht auf die Emission bestimmter Schadstoffe in einem bestimmten Gebiet begrenzt wird und Unternehmen innerhalb dieses Gebiets mit **Emissionsrechten** handeln können.
 - Für die Gesamtmenge der Treibhausgase, die von allen teilnehmenden Anlagen ausgestoßen werden darf, wird eine **Obergrenze** (Cap) festgelegt.
 - EU-Emissionszertifikate werden dann versteigert oder kostenlos zugeteilt und können anschließend **gehandelt** werden.
 - Die potenziellen Emissionen, die dem Handelssystem unterliegen, werden **schrittweise verringert**.